



## **Schriftliche Anfrage**

des Abgeordneten **Dr. Helmut Kaltenhauser FDP**  
vom 17.03.2021

### **Wirecard (14)**

Ich frage die Staatsregierung:

1. Staatsregierung – StMWi I ..... 2
  - 1.1 Welche Kontakte gab es im Jahr 2020 zwischen dem Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) und dem ehemaligen Vorstandsmitglied und damaligen Berater des Wirecard-Konzerns Burkhard Ley? ..... 2
  - 1.2 Mit welcher Ebene des StMWi fand jeweils die Kommunikation mit Herrn Burkhard Ley statt (bitte unter Einbeziehung sämtlicher Kommunikationsmittel jeweils auch die Zeitpunkte angeben)? ..... 2
2. Staatsregierung – StMWi II ..... 2
  - 2.1 Liegen der Staatsregierung Chatprotokolle der Beschäftigten des Wirecard-Konzerns mit Beschäftigten des StMWi vor, in welchen beide Seiten miteinander kommuniziert haben? ..... 2
  - 2.2 Ist bzw. war es üblich, dass seitens des o. g. Ministeriums mit Beschäftigten des Wirecard-Konzerns unmittelbar vor einer Ausschreibung und danach via Messenger-Diensten kommuniziert wurde? ..... 2
  - 2.3 Gelten die Vorschriften zur Veraktung von Kommunikation innerhalb des StMWi auch für Messenger-Dienste wie WhatsApp, Telegram oder Signal? .... 2
3. Staatsregierung – StMWi III ..... 2
  - 3.1 Inwieweit plante die Staatsregierung ab März 2020 via des Wirecard-Konzerns Corona-Hilfen kleinen und mittelständischen Unternehmen zukommen zu lassen? ..... 2
  - 3.2 Welche Vergaberegulungen galten für das bzw. die Verfahren? ..... 3
  - 3.3 Ist es üblich in einem bayrischen Landesministerium, dass ein möglicherweise zu beauftragendes Unternehmen an einem Tag abends Unterlagen schickt und am nächsten Morgen der Zuschlag erteilt wird? ..... 3
4. Staatsregierung – Entschuldigung/bayerische Steuerbehörden ..... 3
  - 4.1 Hat die Bayerische Staatsregierung seit dem 25. Juni 2020 Kontakt zu den Journalisten der Financial Times [REDACTED] und [REDACTED] aufgenommen? ... 3
  - 4.2 Wenn ja, was wurde dabei besprochen? ..... 3
  - 4.3 Hat es nach Kenntnis der Staatsregierung eine selbstkritische Nachprüfung und/oder Evaluation gegeben, weshalb die seitens der bayerischen Finanzbehörden in Zusammenarbeit mit dem Bundeszentralamt für Steuern sehr detailliert aufbereiteten Hinweise zu möglichen (bilanziellen) Unregelmäßigkeiten etc. bei der Wirecard AG und Tochterunternehmen ([https://www.capital.de/allgemein/wie-steuerpruefer-wirecard-auf-die-spur-kamen?article\\_onepage=true](https://www.capital.de/allgemein/wie-steuerpruefer-wirecard-auf-die-spur-kamen?article_onepage=true)) letztlich nicht weiterverfolgt wurden? ..... 3

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

# Antwort

**des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat und dem Staatsministerium der Justiz**

vom 11.05.2021

## **1. Staatsregierung – StMWi I**

- 1.1 Welche Kontakte gab es im Jahr 2020 zwischen dem Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) und dem ehemaligen Vorstandsmitglied und damaligen Berater des Wirecard-Konzerns Burkhard Ley?**
- 1.2 Mit welcher Ebene des StMWi fand jeweils die Kommunikation mit Herrn Burkhard Ley statt (bitte unter Einbeziehung sämtlicher Kommunikationsmittel jeweils auch die Zeitpunkte angeben)?**

Herr Burkhard Ley wandte sich erstmals am 30. März und ein weiteres Mal am 31. März 2020 per E-Mail an einen Abteilungsleiter des StMWi. Dieser führte erinnerlich nach Eingang der E-Mails am 30. März und 31. März 2020 jeweils ein Telefonat mit Herrn Burkhard Ley. Am 1. April 2020 sendete besagter Abteilungsleiter schließlich eine E-Mail an Herrn Burkhard Ley.

Zu Inhalt und Zustandekommen der Kontakte wird auf die Antwortbeiträge des StMWi zu Frage 1 a der Schriftlichen Anfrage „Wirecard (1)“ sowie zu den Fragen 5 a und 5 b der Schriftlichen Anfrage „Wirecard (5)“ des Fragestellers verwiesen.

## **2. Staatsregierung – StMWi II**

- 2.1 Liegen der Staatsregierung Chatprotokolle der Beschäftigten des Wirecard-Konzerns mit Beschäftigten des StMWi vor, in welchen beide Seiten miteinander kommuniziert haben?**

Es liegen keine entsprechenden Chatprotokolle vor.

- 2.2 Ist bzw. war es üblich, dass seitens des o. g. Ministeriums mit Beschäftigten des Wirecard-Konzerns unmittelbar vor einer Ausschreibung und danach via Messenger-Diensten kommuniziert wurde?**

Erinnerlich wurde hinsichtlich des genannten Vergabeverfahrens nach dem Zuschlag zwischen Beschäftigten des StMWi und des Wirecard-Konzerns per SMS kommuniziert, um Rückrufbitten abzusetzen oder Termine zu vereinbaren.

- 2.3 Gelten die Vorschriften zur Veraktung von Kommunikation innerhalb des StMWi auch für Messenger-Dienste wie WhatsApp, Telegram oder Signal?**

Die genannten Messenger-Dienste werden zur dienstlichen Kommunikation nicht eingesetzt. Grundsätzlich sind elektronische Kommunikationsmittel von den einschlägigen Vorschriften zur Veraktung erfasst.

## **3. Staatsregierung – StMWi III**

- 3.1 Inwieweit plante die Staatsregierung ab März 2020 via des Wirecard-Konzerns Corona-Hilfen kleinen und mittelständischen Unternehmen zukommen zu lassen?**

Wirecard hat etwa 6000 Soforthilfe-Anträge, die bis zum 1. April 2020 noch handschriftlich ausgefüllt und postalisch verschickt werden konnten, digitalisiert. Diese Leistung wurde unentgeltlich erbracht. Weitere Leistungen hat Wirecard im Rahmen der Corona-Soforthilfe nicht erbracht. Zum Zustandekommen dieser Sponsoring-Leistung wird auf die Antwortbeiträge des StMWi zu Frage 1 a der Schriftlichen Anfrage „Wirecard (1)“ Drs. 18/10003, sowie zu den Fragen 5 a und 5 b der Schriftlichen Anfrage „Wirecard (5)“ Drs. 18/12115, des Fragestellers verwiesen.

### **3.2 Welche Vergaberegulungen galten für das bzw. die Verfahren?**

Die in der vorherigen Antwort genannte Digitalisierung der Anträge erfolgte auf Grundlage einer Verhandlungsvergabe wegen besonderer Dringlichkeit. Als Reaktion auf die massiven Auswirkungen der Corona-Pandemie hatte die Staatsregierung in der Verwaltungsvorschrift zum öffentlichen Auftragswesen (VVöA) zugelassen, dass Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb des jeweiligen EU-Schwellenwertes gemäß § 106 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) im Wege der Verhandlungsvergabe mit oder ohne Teilnahmewettbewerb oder im Wege der Beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb vergeben werden können.

### **3.3 Ist es üblich in einem bayrischen Landesministerium, dass ein möglicherweise zu beauftragendes Unternehmen an einem Tag abends Unterlagen schickt und am nächsten Morgen der Zuschlag erteilt wird?**

Die Verhandlungen über die Ausgestaltung des Vertrages wurden im Zeitraum vom 2. April 2020 bis zum 15. April 2020 geführt und am 15. April 2020 mit Vertragsschluss abgeschlossen.

## **4. Staatsregierung – Entschuldigung/bayerische Steuerbehörden**

### **4.1 Hat die Bayerische Staatsregierung seit dem 25. Juni 2020 Kontakt zu den Journalisten der Financial Times [REDACTED] und [REDACTED] aufgenommen?**

### **4.2 Wenn ja, was wurde dabei besprochen?**

Der Begriff „Bayerische Staatsregierung“ wird so verstanden, dass sich der Fragesteller nach Kontakten des in Art. 43 Abs. 2 Bayerische Verfassung (BV) genannten Personenkreises erkundigt (Kabinettsmitglieder).

Es sind keine Kontakte der Staatsregierung mit den Journalisten der Financial Times, [REDACTED] und [REDACTED], bekannt. Zufällige Begegnungen, etwa im Rahmen von Veranstaltungen, können nicht ausgeschlossen werden.

### **4.3 Hat es nach Kenntnis der Staatsregierung eine selbstkritische Nachprüfung und/oder Evaluation gegeben, weshalb die seitens der bayerischen Finanzbehörden in Zusammenarbeit mit dem Bundeszentralamt für Steuern sehr detailliert aufbereiteten Hinweise zu möglichen (bilanziellen) Unregelmäßigkeiten etc. bei der Wirecard AG und Tochterunternehmen ([https://www.capital.de/allgemein/wie-steuerpruefer-wirecard-auf-die-spur-kaemen?article\\_onepage=true](https://www.capital.de/allgemein/wie-steuerpruefer-wirecard-auf-die-spur-kaemen?article_onepage=true)) letztlich nicht weiterverfolgt wurden?**

#### **Staatsministerium der Justiz**

Die Staatsanwaltschaft München I hat sich mit diesem Sachverhalt und mit der an ihrer Bearbeitung geäußerten Kritik eingehend auseinandergesetzt, insbesondere im Zusammenhang mit der Beweisaufnahme des 3. Untersuchungsausschusses der 19. Wahlperiode („Wirecard“) des Deutschen Bundestages.

Die Hinweise sind Teil der laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft München I.

#### **Staatsministerium der Finanzen und für Heimat**

Die bayerische Finanzverwaltung unterzieht ihre Tätigkeit stets einer kritischen Nachprüfung, auch wenn, wie im vorliegenden Fall, kein Fehlverhalten erkennbar ist.